



Menschenunwürdig und lebensbedrohlich: Proteste gegen die Sammelunterkünfte für Geflüchtete in Köln

Blehbüchse in Bayenthal

Trotz der Corona-Pandemie werden Geflüchtete weiter in Sammelunterkünften untergebracht

Ein Donnerstag Mitte Mai, die Sonne scheint, ist einer der schönsten Tage im Leben von Vesna Babić (Name geändert). Gerade hat die hochschwangere Frau erfahren, dass sie und ihre Familie die Landeserstaufnahmeeinrichtung (EAE) in Bayenthal verlassen dürfen. »Es war die Hölle. Die schlimmste Zeit in meinem Leben«, sagt Vesna Babić. Fünf Monate musste sie mit ihrem Mann und ihren zwei kleinen Kindern in einem 14 Quadratmeter großen Zimmer leben. »Ich hatte solche Angst, dass sich meine Kinder oder mein ungeborenes Baby infizieren. Wir sind so dicht gedrängt, wir können keinen Abstand halten. Wie sollen wir uns vor Corona schützen?«, fragt Vesna Babić, die im neunten Monat schwanger ist.

In der Erstaufnahmeeinrichtung in Bayenthal sind Mitte Mai 438 Menschen untergebracht, darunter auch Risikopatient*innen sowie Familien mit Kindern. Die Beratungsstelle Agisra für Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen hat Ende April in einem offenen Brief an die Landesregierung auf die unhaltbaren Zustände in der Container-Unterkunft aufmerksam gemacht. Die Vorwürfe sind beschämend für das Land NRW, das für die Einrichtung verantwortlich ist: Die sanitären Anlagen seien unzumutbare Infektionsherde, die sich zehn Familien teilen und nur einmal am Tag oberflächlich gereinigt würden. Viele Familien würden aus Angst vor Ansteckung nicht mehr den gemeinschaftlichen Essensraum aufsuchen. Alleinstehende teilten sich mit bis zu vier fremden Personen eine Einheit.

Auch die Desinfektionsmittel seien knapp. Die Mitarbeiterinnen von Agisra forderten in dem Schreiben eine dezentrale Unterbringung aller Geflüchteten.

Dorothee Frings ist seit 27 Jahren Rechtsberaterin von Agisra. Sie hat einen Eilantrag beim Kölner Verwaltungsgericht gestellt und eine schnellst mögliche Zuweisung für Familie Babić in eine Kommune gefordert. Daraufhin hat Familie Babić von der Bezirksregierung Arnsberg, die für die NRW-weite Verteilung der Geflüchteten zuständig ist, das Angebot bekommen, in eine Jugendherberge auf dem Venusberg in Bonn zu ziehen. Jedes Zimmer dort verfügt über eine eigene Dusche und Toilette, es gibt einen Garten. Die Bezirksregierung hat für sechs Monate einen Mietvertrag mit dem Jugendherbergswerk Rheinland geschlossen, um dort »vulnerable Menschen« aus verschiedenen Landeserstaufnahmeeinrichtungen unterzubringen. Mitte Mai wurden rund 20 weitere Bewohner*innen aus der Kölner EAE in die Jugendherberge verlegt.

»Es kann nicht sein, dass nur Familien, die einen Rechtsbeistand haben, das erreichen. Es muss für alle gelten«, sagt Dorothee Frings, emeritierte Hochschullehrerin mit Schwerpunkt Migrations- und Sozialrecht. Frings Fazit: »Eine Containeranlage in der Größenordnung ist nicht mit dem Infektionsschutz vereinbar. Was passiert denn mit Kindern, wenn sie wochenlang in solch einer Blehbüchse eingesperrt sind?« Laut der Migrationsrechtlerin verstoßen die Verantwortlichen gegen mindestens vier

Grund- und Menschenrechte: Recht auf körperliche Unversehrtheit, Menschenwürde, Kindeswohl und Gewaltschutz.

Noch dramatischer ist die Situation an der städtischen Notunterkunft an der Herkulesstraße in Neuhrenfeld. Ende April wurden dort vier Corona-Infektionen bekannt, seitdem steht die Einrichtung, in der zur damaligen Zeit rund 250 Menschen untergebracht waren, unter Quarantäne. Mitte Mai wurde die Quarantäne um zwei weitere Wochen verlängert, weil bei einem erneuten Test eine weitere Person positiv getestet wurde. Die Infizierten und ihre Familien wurden verlegt. Flüchtlingshelfer geben den beengten Verhältnissen

Was passiert mit den Kindern, wenn sie wochenlang in so einer Blehbüchse eingesperrt sind?

Dorothee Frings

die Schuld am Ausbruch: Je 33 Duschen und Toiletten für Frauen und Männer stehen zur Verfügung, mehrere davon seien kaputt. Die Bewohner*innen sind nach Angaben der Stadt in fünf Gruppen aufgeteilt, denen feste Essenszeiten zugeteilt wurden. Dennoch empfinden die Menschen die Bestuhlung als zu eng. In der Herkulesstraße sind ausschließlich Familien mit Kindern und alleinreisende Frauen untergebracht, das Spielzimmer ist seit Beginn der Pandemie geschlossen.

»Wir haben direkt Anfang März gefordert, Risikogruppen und vulnerable Menschen zu identifizieren und zu verlegen. Das ist nicht passiert«, sagt Claus-Ulrich Pröbß vom Flüchtlingsrat, der seit Jahren ein systematisches Belegungsmanagement bei der stadtweiten Verteilung der Geflüchteten fordert. Sam-

melunterkünfte seien schon immer menschenunwürdig, jetzt seien sie auch lebensbedrohlich. »Es gibt keinen Notfallplan. Die Stadt reagiert dann, wenn etwas passiert.« Dennoch hat Pröbß seit der letzten Sitzung des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen Hoffnung, dass, angestoßen durch die Corona-Pandemie, das System der Massenunterkunft in Köln hinterfragt wird. »Es gibt Bewegung in der Debatte. Ich hoffe, dass bald wieder Mindeststandards eingeführt werden.«

Und tatsächlich, eine schrittweise Verbesserung soll eintreten: Das Wohnungsamt hat bekannt gegeben, dass die Kapazität in der Herkulesstraße auf 150 Bewohner*innen reduziert werden soll, um einen besseren Hygieneschutz zu gewährleisten. Damit stünden jeder Familie eine eigene Dusche und WC zur Verfügung.

»Das ist ein Anfang. Damit verringern wir zumindest das Ansteckungsrisiko«, sagt Jörg Detjen von der Linkspartei. Eigentlich hatte er die Schließung der Notunterkunft sowie die Anmietung von Hotels und Ferienwohnungen für Geflüchtete gefordert. Der Antrag wurde im letzten Hauptausschuss vom Kölner Regierungsbündnis abgelehnt.

Vor allem die Grünen hinterlassen damit eine thematische Leerstelle: Waren sie doch vor knapp 20 Jahren der politische Wegbereiter für eine humanere Flüchtlingspolitik in Köln. »Jetzt haben sie sich nicht mal die Mühe gemacht, einen Änderungsantrag einzureichen«, sagt Detjen. Derweil spitzt sich die bundesweite Situation zu: Die Liste der unter Quarantäne stehenden Flüchtlingsunterkünfte wächst, die Behörden kommen in Zugzwang. Jüngst gab es einen großen Corona-Ausbruch mit 130 Infizierten in St. Augustin bei Bonn.

Text: Anja Albert
Fotos: Kein Mensch ist illegal